

🔒 Psychosoziale Herausforderungen in der Praxis

Soziale Medizin erfordert ein Netzwerk

Wie vielfältig die psychosozialen Probleme von Patientinnen und Patienten sein können, wurde bei einem Workshop im Rahmen des DEGAM-Kongresses aufgezeigt. Anhand von drei Fallbeispielen erarbeiteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, welche Unterstützungsangebote zur Verfügung stehen und was noch gewünscht wird.

Von Berit Abel (/Nachrichten/Berit-Abel-au1498.html)

Veröffentlicht: 16.09.2022, 15:59 Uhr



Bei einem Workshop im Rahmen des DEGAM-Kongresses diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zunächst in Kleingruppen, wie man die „Soziale Gesundheit in der hausärztlichen Versorgung fördern“ könne.

© Daniel Reinhardt

Greifswald. Es war ein wiederkehrendes Thema auf dem 56. DEGAM-Kongress: Immer mehr Patientinnen und Patienten wenden sich nicht mit vorrangig somatischen Beschwerden, sondern aufgrund psychosozialer Probleme an ihre Hausärztin oder ihren Hausarzt. Bei den einen sind die Auslöser globale Krisen, wie die COVID-19-Pandemie, der Klimawandel, oder der Ukraine-Krieg, bei anderen persönliche Krisen. Erste Ansprechpersonen sind oftmals die Hausärztinnen und Hausärzte. Vor welchen Herausforderungen Hausärztinnen und Hausärzte bei solchen Patientinnen und Patienten stehen und wie diese angegangen werden können, war Thema eines Workshops der AG Soziale Gesundheit (<https://www.degam.de/ag-soziale-gesundheit>).

In den Diskussionen der drei Fallbeispielen trugen die Kolleginnen und Kollegen – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – verschiedene psychosoziale Gründe zusammen, mit denen die Patientinnen und Patienten sich an sie wenden: finanzielle Probleme (Schulden) bzw. Existenzängste, Trennung von der Partnerin/vom Partner, Todesfall einer nahstehenden Person, Kriminalität, familiäre Situation, (ungewollte) Schwangerschaft, Entlassung aus dem Strafvollzug, Arbeitslosigkeit, Arbeitssituation, soziale Isolation, Gewalterfahrungen, Wohnungssituation, Migrationshintergrund, chronische Erkrankungen.

Probleme gemeinsam priorisieren

Je nachdem, welches Paket die Patientin/ der Patient mitbringt, ergeben sich Herausforderungen wie Sprachbarrieren, unklarer Meldestatus, fehlender Versicherungsschutz, möglicher Drogen- oder Alkoholabusus, psychische Erkrankungen wie Angststörung, Depression, posttraumatische Belastungsstörungen, Feststellung eines Behinderungsgrad/ einer Pflegestufe, bestehende sexuell übertragbare Infektion.

Vieles davon sollte vor einer weiteren Behandlung abgeklärt werden. Dennoch ist es wichtig, mit der Patientin/ dem Patienten die Agenda zu besprechen: Welches Problem ist für sie/ihn das dringlichste? Welches sollte aus medizinischer Sicht priorisiert werden? Dabei waren sich die Workshop-Teilnehmenden einig, dass im Praxisalltag auch Zeit „leider“ ein wichtiger Faktor sei. Zudem bestünde insgesamt zu wenig Wissen über nicht-medizinische Beratungsangebote und Unsicherheit bei sozialrechtlichen Fragen.

Dezentrale Angebote erschweren niederschwellige Hilfe

Hilfs- und Beratungsangebote für Personen in psychosozialen Notlagen sind in Deutschland uneinheitlich und dezentral organisiert. Es gibt landesspezifische Strukturen oder einzelne kommunale Angebote. Je nach Problem benötigen die Patientinnen und Patienten Unterstützung durch eine Sozialarbeiterin/ einen Sozialarbeiter, den VdK, einen Pflegestützpunkt und/oder eine Schuldenberatung. Auch ein Termin bei Pro Familia, der Drogenberatung, AIDS-Hilfe könne erforderlich sein. An anderer Stelle sollte der Kontakt zum Frauenhaus, zum Krisennotdienst, sozialpsychiatrischen Dienst oder zum Sozialamt hergestellt werden.

Unterstützung gewünscht

Im Zweifelsfall müsse eine Person zu mehreren Stellen, was für viele eine große Hürde darstellt; hat es sie doch bereits Überwindung und Kraft gekostet, sich an die Hausärztin/ den Hausarzt zu wenden. Doch auch für diese sind die Möglichkeiten kaum zu überblicken. Die Workshop-Teilnehmenden waren sich einig, dass es unerlässlich sei, ein entsprechendes Netzwerk aufzubauen. Doch letztlich wünschen sich die Kolleginnen und Kollegen stärkere Unterstützung – sei es durch die Kommunen, Länder oder auch die Kassenärztlichen Vereinigungen:

- Mehr Zeit für Gespräche.
- Übersichten, an wen sich bei welchem Problem gewandt werden sollte.
- Anlaufstellen, die das Fallmanagement jenseits der medizinischen Behandlung übernehmen.
- Plattformen, auf denen Ärztinnen und Ärzte die Informationen zu den Angeboten in ihrer Stadt oder Region gebündelt finden.